

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XIX/167

Bonn, den 2. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Österreichs Vizekanzler Dr. Bruno Füttermann</u> Neuer Präsident der Sozialistischen Internationale	50
1a	<u>"Goldener Plan" - schwache Leistung</u> Der Bund hat in der Sportförderung versagt Von Frank Sommer	46
2	<u>Falsche Töne in der Bundeswehr</u> Der Oberstleutnant und die Legion Condor Von Dr. Paul Kühler, MdB	38
3-7	<u>Erziehung entscheidet über unser Schicksal</u> Ein Bericht über die Bildungswirklichkeit in der Bundesrepublik und in West-Berlin Aus dem Inhalt: Leistungen und Versagen - CDU-Minister als Bremser - "Mit den freien Europa Schritt halten!" - Der falsche Slog- gan "Keine Experimente" - Nur Taten zählen - Wahlanzeige auf der ganzen CDU-Linie - Soll der Geist bei der CDU "das Stiefkind der UNION" bleiben?	228

Österreichs Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann

Neuer Präsident der Sozialistischen Internationale

G.M. z.Z. Brüssel

In Brüssel hat der Generalrat der Sozialistischen Internationale als Nachfolger des im vergangenen Jahre verstorbenen SPD-Vorsitzenden Erich O l l e r h a u e r den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Bruno P i t t e r m a n n, österreichischer Vizekanzler, zu ihrem Präsidenten gewählt.

Bruno Pittermann gehört zu den markantesten Persönlichkeiten des internationalen demokratischen Sozialismus. Am 3. September 1905 in Wien als Sohn eines Handwerkers geboren, konnte er dank seiner überdurchschnittlichen Intelligenz mit großem Erfolg das Gymnasium absolvieren und schon im Jahre 1928 an der Universität Wien mit Auszeichnung zum Doktor der Philosophie promovieren. Gleichzeitig war Pittermann aktiver Funktionär der Sozialistischen Partei.

Nach dem Einmarsch der deutschen Gruppen in Österreich wurde Pittermann aus politischen Gründen entlassen, konnte sich jedoch in die illegale Arbeit der Partei einschalten. Unter ständiger Lebensgefahr gelang es ihm, zahlreiche Verbindungen zu politischen Freunden im In- und Ausland aufrechtzuerhalten und nach 1945 sofort mit dem Wiederaufbau der Partei zu beginnen.

Von diesem Zeitpunkt an geht Pittermanns politische Karriere steil in die Höhe. Er wird zum Nationalrat und zum Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei gewählt. Seit 1952 ist er Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Straßburger Europarates; 1957 wird er zu ihrem Vizepräsidenten gewählt. Als Vizekanzler Dr. Adolf Schörf 1957 zum Bundespräsidenten gewählt wird, beruft die Partei Bruno Pittermann zu ihrem Vorsitzenden. Bald darauf ist Pittermann auch Vizekanzler und seit Juli 1959 Minister für verstaatlichte Betriebe, zwei Positionen, die er bis zum heutigen Tage innehat.

Die Wahl Bruno Pittermanns zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale -er war bisher einer ihrer Vizepräsidenten- wird ohne Zweifel in der Welt des demokratischen Sozialismus und weit darüber hinaus starke Beachtung finden. Der neue Präsident dieser die ganze Welt umspannenden Organisation gilt nicht nur als ein Mann von außerordentlichem Scharfsinn und großer Bildung; er genießt zu Recht auch den Ruf eines weltoffenen, modernen Politikers, der seine sozialistischen Ideale stets mit einem ausgeprägten Sinn für Realitäten verbindet. Auf dem Parkett der internationalen Politik ist Dr. Bruno Pittermann ebenso zuhause wie auf dem der österreichischen Innenpolitik. Zu seinen großen Leistungen gehört das Zustandekommen des Neutralitätsvertrages für Österreich, mit dessen Hilfe es gelang, das kleine Land trotz der schweren Kriegsfolgen aus dem Strudel der Nachkriegswirren herauszuhalten und ihm wieder internationales Ansehen zu verschaffen.

Der neue Präsident der Sozialistischen Internationale kann seine Wahl auch als Anerkennung für die vorbildliche politisch-organisatorische Leistung der Sozialistischen Partei Österreichs betrachten, die für die Parteien des demokratischen internationalen Sozialismus beispielgebend ist.

"Goldener Plan" - schwache Leistung

Der Bund hat in der Sportförderung versagt

Von Frank Sommer

"Das Resultat der arwachsenden Bewegungsarmut ist ein seelisch und nervlich überbeanspruchter Mensch, der seine Lebensweise mit einem Ökonomieverlust der Herz- und Kreislauffunktionen bezahlt." So Prof. Dr. Dr. Knipping in seinem Bericht vor dem 18. Deutschen Sportärzte-Kongreß 1957. Heute belegt die erschreckend hohe Zahl frühzeitiger Todesfälle durch Herzinfarkt in drastischer Weise die Richtigkeit seiner Feststellung. Die schlimme körperliche Verfassung vieler junger Menschen offenbaren die Erfahrungen aus dem Bereich der Bundeswehr.

Das alles ist bekannt. Die Frage ist nur: Warum trifft die Bundesregierung keine Anstalten, die Dinge zu ändern? Auf was wartet man in Bonn? Daß die Frühinvalidität noch größer wird und die Haltungsschäden bei den Jugendlichen noch mehr zunehmen? Länder und Gemeinden haben - verglichen mit den Leistungen des Bundes - auf dem Gebiet der Sportförderung und des Sportstättenbaus ohnehin bisher den Löwenanteil getragen. Es kann aber auf die Dauer nicht hingenommen werden, daß der Bund den Ländern und Gemeinden durch seine Untätigkeit Lasten aufbürdet. Das ist um so weniger erträglich, als der große Finanzausgleich zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden - von Erhard in seiner ersten Regierungserklärung erneut angekündigt - noch immer in unerreichtbaren Fernen zu liegen scheint.

Die Deutsche Olympische Gesellschaft hat in ihrem "Goldener Plan" einen Bedarf von 6,315 Milliarden Mark errechnet und empfohlen, diesen Betrag innerhalb von 15 Jahren bereitzustellen. Dabei sollten der Bund 2/10, die Länder 5/10 und die Gemeinden 3/10 der Gesamtsumme tragen. Wenn man sich nun die tatsächlichen Leistungen ansieht, kommt man zu dem Schluß, daß Länder und Gemeinden große Anstrengungen unternommen haben, um den auf sie entfallenden Anteil zu leisten. Die Länder haben 1960 rd. 100 Millionen, 1961 rd. 133 Millionen und 1963 sogar 183 Millionen aufgebracht. Für 1964 werden 205 Millionen erwartet; damit erreichen die Leistungen der Länder rd. 90 Prozent der veranschlagten Summe. Beachtlich sind auch die Leistungen der Gemeinden. Sie haben das über den "Goldenen Plan" zugeordnete Jahresziel erreicht. Dagegen sind die Leistungen des Bundes außerordentlich unbefriedigend. Sein Aufkommen ist bei nur 30 Millionen stehengeblieben. Verglichen mit den Ländern, hätte er jedoch mindestens 60 bis 70 Millionen aufbringen müssen.

Ärzte, Sportler und Fachleute sind sich darüber einig, daß in den kommenden Jahren auf diesem Gebiet viel geleistet werden muß. Es gilt, den Wachholbedarf zu decken und mit der modernen Entwicklung Schritt zu halten. Darüber, wie dieses Problem verwaltungstechnisch zu lösen ist, kann man verschiedener Meinung sein. Einigkeit sollte aber darüber bestehen, daß der Bund endlich an diese jahrelang katastrophal vernachlässigte Aufgabe herangehen muss.

Falsche Töne in der Bundeswehr

Der Oberstleutnant und die Legion Condor

Von Dr. Paul Kübler, MdB

Ein Bürger in Zivil zog die Uniform an. Bei der Begrüssung in der Kaserne stellte sich der Oberstleutnant persönlich vor und schilderte in Stichworten seinen eigenen Werdegang. Dabei glaubte der neue Staatsbürger in Uniform - ein Mannheimer Jungsozialist - folgenden Satz aus dem Munde seines Kommandeurs zu hören: "Ich habe die Legion Condor in Spanien aufgebaut und Franco in seinem Freiheitskampf unterstützt." Dem jungen Rekruten kam dieser Satz spanisch vor, er meldete ihn einem Kundestagsabgeordneten. Die Untersuchung durch den Bundesminister für Verteidigung ergab, dass Oberstleutnant H. bei der Begrüssung "wie immer seinen Einsatz in Spanien als Teil seines militärischen Werdegangs erwähnt" hat. "Er bestreitet entschieden, sich so geäußert zu haben. . . Diese Formulierung ist in der Tat unwahrscheinlich, denn H. war damals Feldwebel bei der leichten Flak und damit gewiss nicht für den Aufbau der Legion Condor verantwortlich."

Man könnte sich mit dieser Antwort zufriedengeben. Ein junger Rekrut hat die Bedeutung seines Vorgesetzten etwas überschätzt und daher falsch gehört. Auch den Hinweis des Verteidigungsministeriums, dass der Kommandeur bei allen seinen Begrüssungen junger Rekruten immer auf seinen Spanienfeldzug hinweise, könnte man als Geschmacksfrage behandeln.

Unmöglich aber darf die Geschichtsklitterung des Oberstleutnants vom Bundesverteidigungsminister gedeckt werden, wie es in folgendem Satz geschieht:

- \* "Es kam ihm jedenfalls darauf an, den jungen Soldaten zu erklären,
- \* dass damals für die Soldaten der Kampf gegen den Kommunismus entscheidend gewesen sei."

In Wirklichkeit putschte Franco gegen eine Regierung, die völlig legal nach dem Wahlsieg der Linksparteien vom 16. Februar 1936 aus Republikanern, Sozialisten, Syndikalisten und Kommunisten, ähnlich wie die gleichzeitige Volksfront in Frankreich, gebildet worden war. Und Gegner des Franco-Fatschee wie Hemingway und der berühmte Cellist Pablo Casals oder der ermordete Dichter Garcia Lorca waren keineswegs aus kommunistischer Überzeugung gegen Franco. Auch Picassos anklagende Darstellung des durch einen Luftangriff zerstörten Dorfes Guernica war ein Appell für die Menschlichkeit und nicht für den Kommunismus. + + + -3-

## Erziehung entscheidet über unser Schicksal

### Ein Bericht über die Bildungswirklichkeit in der Bundesrepublik und in West-Berlin

sp - In den letzten Wochen versuchten CDU und CSU den Eindruck zu erwecken, sie hätten eine "Bildungsoffensive" begonnen. Paul Mikat, Kultusminister von Nordrhein-Westfalen und derzeitiger Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister, nutzte den Unmut der deutschen Öffentlichkeit über den Bildungsnotstand aus, um die optische Flucht nach vorn anzutreten. Er hatte dazu allen Anlaß. Denn es gibt einen Bildungsnotstand in der Bundesrepublik; es gibt ihn aber nicht in allen Bundesländern. Die sozialdemokratisch regierten Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen haben Vorbildliches im Ausbau und in der Reform ihres Bildungswesens geleistet. Das "Dunkel über der pädagogischen Provinz" liegt über den Ländern, in denen die Regierung von der CDU oder CSU geführt wird: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern. In diesen Ländern ist nicht einmal das neunte Pflichtschuljahr der Volksschule eingeführt, während die sozialdemokratisch regierten Länder Berlin und Hamburg bereits systematisch ein zehntes Schuljahr an der Hauptschule erproben.

### Leistungen und Versagen

In allen vor den Unionsparteien regierten Ländern liegt der Anteil der Abiturienten in der entsprechenden Altersgruppe unter dem Bundesdurchschnitt, der im Vergleich zu den Nachbarstaaten Deutschlands phasenweise dürftig und unbefriedigend ist, während Berlin und Hessen sowie Bremen weit an der Spitze liegen und Werte erreichen, die sich im internationalen Vergleich sehen lassen können.

Die Landschulreform macht in Hessen und Niedersachsen große Fortschritte, während ein CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag eine sittliche Gefährdung der Kinder in Schulbus befürchtet! In der Zahl der Volksschüler je Lehrer lag Nordrhein-Westfalen (nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für 1961, der letzter veröffentlichten Angabe) an der "ersten" Stelle; auf einen Lehrer kamen 43 Volksschüler, es folgten Rheinland-Pfalz und das Saarland mit 39 Volksschülern je Lehrer.

Es ist also verständlich, daß Mikat den Bildungsnotstand in den CDU/CSU-regierten Ländern durch lautstarkes Reden zu übertönen sucht, aber die Situation ist zu ernst, als daß da große Sprüche zu helfen vermöchten. Nur entschlossene Taten können einer drohenden Bildungskatastrophe in Deutschland begegnen.

Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen hat 1959 den "Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens" vorgelegt. Obwohl seine Verwirklichung nur ein kleiner Schritt zur deutschen Bildungsreform wäre, haben die Kultusminister der Unionsparteien sie bis heute verhinert.

### CDU-Minister als Bremsen

Dr. Orth (CDU), Kultusminister in Rheinland-Pfalz, nahm u. a. zur Förderstufe in einem Gegenvorschlag Stellung: "Die Volksschule, auch die dorfeigene Volksschule auf dem Land, die jetzt und auch in Zukunft von der Mehrheit der Kinder unseres Volkes besucht wird, soll nicht durch die Förderstufe, die die Einrichtung von Sammel- oder Zentralschulen für mehrere Orte verlangt, in Grundschule und Hauptschule zerrissen werden, sondern in ihrer Einheit und Eigenständigkeit erhalten bleiben".

Herr Orth dürfte kaum auf den Gefanken gekommen sein, einmal von Mainz über den Rhein in die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden zu fahren, um seinen Kultusministerkollegen Professor Dr. Ernst Schütte (SPD) nach dem Ergebnis der hessischen Schulversuche mit der Förderstufe zu befragen oder zu hören, wie die hessische Regierung die Landschulreform durch Errichtung von Mittelpunktschulen voren gebracht hat.

Kultusminister Schütz (CDU), Nikats Vorgänger in Nordrhein-Westfalen, erwies sich - neben Orth (CDU), Maunz (CSU) Storz (CDU) und Röder (CDU) - als "Bremsklotz" gegenüber dem Rahmenplan. Schütz erklärte in der 73. Plenarsitzung der KMK am 24./25. September 1959 zum Rahmenplan, "man müsse in den kommenden Besprechungen, insbesondere vor der Presse, herausstellen, daß die pädagogischen Probleme schwieriger seien, als es so manche Heißsporne in der Presse meinten". Dagegen setzten sich die damaligen sozialdemokratischen Kultusminister Voigt (Niedersachsen), Dehmkamp (Bremen), Schütte (Hessen) und Landahl (Hamburg) intensiv für eine allgemeine Realisierung des Rahmenplanes ein. Es lohnt, sich die klägliche Rolle der Minister der Unionsparteien zu vergegenwärtigen, als eine Entscheidung über die Schulreform auf der Grundlage des Rahmenplanes zu fällen war.

### "Mit den freien Europa Schritt halten!"

Der Berliner Schulsenator Evers (SPD) sagte anlässlich einer Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im April 1964 in Daisturg:

- \* In diesen Tagen erlebt die Lehrerschaft eine späte, hoffent-
- \* lich nicht zu späte Rechtfertigung für ihr Manifest von
- \* 1958: Erziehung entscheidet unser Schicksal. Denals verhallte
- \* dieser Ruf und wurde verdächtigt. Wie sollte auch eine Gesell-
- \* schaft, die den Ruf 'Keine Experimente' aufnahm, die Verant-
- \* wortung für das Morgen sehen können? Es wird bald der Tag
- \* kommen, an den man diejenigen zur Rechenschaft ziehen wird,
- \* die sich mit dem damaligen Heute begnügten ... Rahmenplan
- \* und Bremer Plan - beide seinerzeit als revolutionär angepnan-
- \* gert, und des Verrats an Abendland verdächtigt - sind heute
- \* schon keine Modelle mehr, durch deren Realisierung wir mit
- \* der Schulentwicklung im freien Europa Schritt halten könnten."

In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen gibt es Reformen und Schulversuche, die zum Teil erheblich über den Rahmen-

plan hinausgehen. Wie wäre es, wenn die Kultusminister der CDU und CSU - wenigstens in einer Reihe von Versuchsschulen - die Förderstufe einführen würden?

Wie wäre es, wenn die CDU-Kultusminister Hahn, Mikat, Orth, Röder und "Nach-Maunz" der deutschen Öffentlichkeit einen festen Zeitpunkt nennen könnten, bis zu dem sie das 9. Pflichtschuljahr in ihren Volksschulen eingeführt haben werden?

Zahllose Beispiele zeigen die bildungspolitische Bremsen-Tätigkeit der CDU/CSU-Kultusminister von H u n d h a m m e r und Christine F e u s c h, angefangen über die Geburtswehen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung bis zum Versteckspielen bei der Herausgabe der wirklichen Zahlen, an denen die Leistungsfähigkeit der Schule abzulesen ist.

### Der falsche Slogan "Keine Experimente"

Wo immer die Unionsparteien die Möglichkeit hatten, versuchten sie, die sterile Parole "Keine Experimente" in die Tat umzusetzen. Zwei Beispiele für viele: die Zerstörung des mit dem Trend der europäischen Entwicklung übereinstimmenden Hamburger Schulmodells durch den sogenannten Bürgerblock und das Zerschlagen der Gesamtoberschule in Preetz durch die schleswig-holsteinische CDU-Landesregierung.

Was mußte Kultusminister S t o r z (CDU) zu entgegnen, als die SPD-Fraktion des baden-württembergischen Landtages nach Georg Pichts Aufsatzserie über "Die deutsche Bildungskatastrophe" die Landesregierung des Herrn Kissinger interpellierte? Zur Erhöhung der Abiturientenzahl:

"Ehe man die Verdoppelung der Abiturientenzahl fordert, sollten zuvor und immer aufs Neue der Sinn und die eigentliche Funktion des Abiturs bedacht werden."

Das war in Februar 1964, als feststand, daß unsere Nachbarländer im freien Europa die deutschen Abiturientenzahlen jetzt schon zum Teil um das Doppelte übertreffen und daß Frankreich und Schweden für 1970 Zahlen anstreben, die das Drei- bis Vierfache der geplanten deutschen Quote ausmachen!

### Nur Daten zählen

Nun wird man sagen: Schütz, Storz und Maunz gehören der Vergangenheit an (Röder und Orth noch nicht). Und man setzt Hoffnungen auf Mikat und Hahn. Auch die SPD und ihre Kultusminister Behnkamp (Bremen), Drexelius (Hamburg), Evers (Berlin), Schütte (Hessen) und Stein (Berlin) wissen bildungspolitische Notwendigkeiten vor die Parteizugehörigkeit zu stellen; sie wissen auch, daß Rechthaberei keine Politik ist. Aber gerade deshalb zählen nur die Daten.

Der Kultusminister von Baden-Württemberg, Dr. Hahn, hat die Schonfrist der Anlaufzeit, sein erster Vorschlag, dem Wissenschaftsrat eine Bildungskommission beizugeben, ist weder neu noch originell. Aber - wie gesagt - er hat Schonzeit; und er hat alle Hände voll zu

tur, wenn er Licht in das Dunkel der südwestdeutschen pädagogischen Provinz bringen will.

Aber Herr Mikat ist seit über zwei Jahren Kultusminister von Nordrhein-Westfalen. Ihn könnte man an seinen Taten als Kultusminister im größten Bundesland messen - wenn es solche Taten gäbe!

Wann führt Herr Mikat das 9. Pflichtschuljahr ein? Plant er überhaupt ein allgemeines 10. Pflichtschuljahr? Beide Maßnahmen wären dringlicher als Gedankenspielerereien mit einem 11. Schuljahr für die Realschule.

Was hat Mikat getan, damit mehr als nur 3,4 Prozent der Volksschüler eine Fremdsprache erlernen? In Berlin erlernen alle Grundschüler spätestens vom 5. Schuljahr an pflichtgemäß eine Fremdsprache.

Wieviel Mittelpunktschulen hat Mikat in seiner Amtszeit zustandegebracht? Und was hat er getan, um Landesmittel für den Schulbau nur auf den Neubau vollausgebaute Schulen festzulegen, die den Bedingungen eines geordneten Schulbetriebes nach moderner bildungspolitischer und pädagogischer Zielsetzung entsprechen? Hat er wenigstens die Zahl der ein- oder zweiklassigen Volksschulen erheblich vermindert?

Was hat Mikat getan, um die Zahl der Volksschulklassen mit mehr als 50 Schülern (fünfzig) zu verringern? 1961 gab es nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes noch 1405 Klassen mit mehr als 50 Schülern (6,3 Prozent der Gesamtzahl der Volksschulklassen, davon 154 Klassen mit mehr als sechzig Schülern! - 1961 waren in Rheinland-Pfalz 13,1 Prozent der Volksschulklassen mit über 50 Schülern besetzt, aus Baden-Württemberg liegen aus dem Vergleichsjahr gar keine Zahlenangaben vor!).

Was hat Mikat zur Sanierung seiner Berufsschulen getan? Was geschah, um seelische, geistig und körperlich behinderte Kinder in Sonderschulen unter angemessenen pädagogischen Bedingungen zu erziehen? 1961 kamen auf einen Lehrer noch fünfundzwanzig Sonderschüler - ein trauriger Rekord.

#### Fehlenszeige auf der ganzen CDU-Finie

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Mikat optisch die Flucht nach vorn antritt, weil er damit den Bildungsnotstand in eigenen Lande zu übertönen hofft. Wie wäre es - entsprechend der von Minister Mikat mitbeschlossener "Berliner Erklärung" der KMK - mit Schulversuchen zu beginnen, mit Gesamtschulen in Duisburg oder Dortmund, in denen die Dreigliederung des Sekundarschulwesens zugunsten einer viel weitergehenden Differenzierung überwunden wird? Bei Vorschlägen sozialdemokratischer Stadtverwaltungen, Schulversuche einzuführen, bleibt er der CDU-Devise seines Vorgängers Schütz treu: Keine Experimente!

Georg Picht schreibt zur "Deutschen Bildungskatastrophe" folgendes:

- \* "Die Öffentlichkeit muß endlich die Wahrheit zur Kenntnis nehmen, und die Politiker werden sich entschließen müssen, jene harten Entscheidungen zu treffen, wie sie ein nationaler Notstand erster Ordnung erfordert."

Wie steht es mit dieser Wahrheit über die Bildungswirklichkeit in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern? Die sozialdemokratischen Kultusminister haben sich nie geweigert, die Karten auf den Tisch zu legen. Sie haben es auch nicht zu verantworten, daß die Bedarfsfeststellung der KMK in den Bereichen des Schulwesens, der Lehrerbildung, der Erwachsenenbildung und des öffentlichen Büchereiwesens nur globale Ist-Zahlen enthält und keine Angaben für die einzelnen Länder. Die Aufschlüsselung nach Ländern wurde von den CDU/CSU-Kultusministern aus den gleichen Motiven verweigert, aus denen sie die Gründung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zwei Jahre lang blockierten: Sie hatten Angst, daß die unterschiedliche Bildungswirklichkeit in den einzelnen Ländern deutlich werden könnte.

Die SPD hat in ihren "Bildungspolitischen Leitsätzen" die Bildungspolitik zur wichtigsten Gemeinschaftsaufgabe erklärt. Das ist kein bloßes Gerado. In allen Vergleichswerten, aus denen Intensität und Ertragsfähigkeit der Schule hervorgehen, haben die sozialdemokratisch regierten Länder einen erheblichen Vorsprung vor den von der Union regierten Ländern von Nordrhein-Westfalen bis Bayern.

Die Wirklichkeit in den SPD-regierten Ländern weist aus, daß Bildungspolitik als wichtigste Gemeinschaftsaufgabe nicht nur plakatiert, sondern praktisch vollzogen wird. Die Begriffe "pädagogisches Musterland Hessen" und "Pädagogische Werkstatt Berlin" sind keine Erfindungen sozialdemokratischer Werbeberater.

#### Soll der Geist bei der CDU "das Stiefkind der UNION" bleiben?

Minister Mikat täte ein gutes Werk, wenn er die Schulreform in eigenen Lande vorantreiben und seine CDU- und CSU-Kultusministerkollegen bewegen würde, den in der KMK jahrelang vorliegenden Vorschlägen der SPD-Kultusminister zur Bildungsreform zuzustimmen, die bisher am Widerstand der Unionsparteien scheiterten. Er täte ein gutes Werk, wenn er seine Parteifreunde in der KMK sodann veranlassen könnte, Beschlüsse der Kultusministerkonferenz auch in der CDU/CSU-regierten Ländern zu verwirklichen.

Das müßte die Richtung der "Bildungsoffensive" sein. Denn weder große Worte noch neue Berechnungen werden die Bundesrepublik vor der Bildungskatastrophe bewahren, sondern nur politische Entscheidungen und praktische Taten.

Mit Scheinoffensiven kann Mikat die These von Walter Jens nicht widerlegen, der Geist sei das Stiefkind der Union.

Das geht nur durch Taten. Glückauf dazu!